



Gabriel rechnet mit zehn neuen Kohlekraftwerken

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) rechnet bis zum Jahr 2012 lediglich mit bis zu zehn neuen Kohlekraftwerken in Deutschland. Er wandte sich am Montag in Grevenbroich bei Neuss gegen Berichte, das bundesweit derzeit 30 neue Kraftwerke geplant würden: "Es sind zum Teil Horrorzahlen unterwegs, die mit der Realität nichts zu tun haben." ...

08.10.2007 - dpa

Quelle: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/1536277>

Dieser Artikel wurde versendet von HHINSCHING@aol.com

Mittwoch, 17. Oktober 2007 | Deutschland

Politik und Industrie wollen Ökologie voranbringen

Das Umweltministerium will in 10 Jahren eine Milliarde Euro extra in den Schutz des Klimas investieren. Von der Wirtschaft erwarte Berlin den fünffachen Betrag, hieß es beim Klimaforschungsgipfel.

Berlin (dpa) Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft wollen den Klimaschutz durch neue Allianzen auf den Gebieten der Forschung und Finanzen voranbringen. Mit dieser „Hightech-Strategie“, einer Kooperation bei neuen Technologien, sollte Deutschland Vorreiter sein und zusätzliche Exportchancen bekommen, sagte Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) gestern beim 2. Klimaforschungsgipfel in Berlin. Das Ministerium werde binnen zehn Jahren eine Milliarde Euro zusätzlich in den Klimaschutz investieren, kündigte sie an. Erwartet werde der fünffache Betrag aus der Wirtschaft, auch wenn diese bisher erst die doppelte Summe aus Eigenmitteln angekündigt habe. Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft begrüßten die neuen Anstöße. Die jetzt geschaffenen ersten sogenannten Innovationsallianzen sollen sich unter anderem mit der Weiterentwicklung der Sonnenkraftnutzung (Photovoltaik), den Möglichkeiten der Energiespeicherung sowie den Energiesparchancen durch Autoelektronik beschäftigen. Eine künftig automatische Kommunikation zwischen den Fahrzeugen solle den Verkehrsfluss verbessern.

Allein für diese vier Allianzen vergebe das Ministerium 220 Millionen Euro, die Wirtschaft gebe 1,2 Milliarden. Ein weiteres wichtiges Forschungsprojekt sei die Abtrennung und Speicherung von Kohlendioxid in modernen Kohlekraftwerken.. Hier rechnen die Experten mit der Wirtschaftlichkeit frühestens 2020. Siemens hat für diese Technologie ein Forschungs- und Entwicklungsbudget von 500 Millionen Euro, teilte Vorstandsmitglied Hermann Requardt mit. Zugleich räumte er ein, dass Siemens zwar in den Allianzen mitwirkt, seine Innovationen jedoch durch Patente schützen will, „die uns in eine gute Wettbewerbsposition bringen werden“. Finanzdienstleister wie die Dresdner Bank und die Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft wollen im jetzt gegründeten „Finanzforum Klimawandel“ den Rahmen für Klimaschutz-Investitionen und ihre Risiken diskutieren. Damit sind die ersten

Projekte auf den Weg gebracht, die beim 1. Forschungsgipfel am 3. Mai in Hamburg andiskutiert worden waren. „Mit der Hightech-Strategie stellen wir jetzt die richtigen Weichen“, erklärte Schavan. „Sie verbindet Klimaschutz mit Innovationen, die Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand sichern.“ Außerdem solle sie international wirksam sein. Um Fragen des Klimaschutzes und Technologietransfers gehe es auch beim Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Indien, der vom 29. Oktober bis 1. November geplant ist.
Mecklenburg-Vorpommern

Wachsende CDU-Kritik an Lubminer Kohlekraftwerk

http://www1.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/lubmin24-magnifier_i-0_p-0.html

Gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin regt sich Widerstand in der Landes-CDU. Nach einem Bericht von NDR 1 Radio MV will der Kreisverband Rügen das Projekt stoppen. Er will auf dem Landesparteitag Mitte November erreichen, dass sich die Union gegen den Bau des Kraftwerks ausspricht. Die Basis der CDU auf Rügen fürchtet dem Bericht zufolge vor allem um die Luftqualität auf der Insel. Das Kreistagsmitglied Herbert Dobelstein sagte im NDR 1 Radio MV-Interview, niemand habe diese Befürchtungen und Existenzängste der Tourismusanbieter zerstreut. Urlauber zum Beispiel aus dem Ruhrgebiet würden schnell sagen, da bleibe ich lieber zu Hause, da ist die Luft besser. Die Landes-CDU müsse deshalb auf die Landesregierung Druck machen, um das Projekt zu stoppen.

Auch Bedenken in der SPD Als prominenter CDU-Politiker hatte sich Mecklenburg-Vorpommerns früherer Ministerpräsident Alfred Gomolka bereits vor vier Wochen gegen das Kohlekraftwerk ausgesprochen - wegen des Ausstoßes des klimaschädlichen Kohlendioxids. Auch in der Landes-SPD gibt es Bedenken gegen den Bau. Der dänischen Dong Energy-Konzern will das Kraftwerk bis 2012 fertigstellen.

Stand: 16.10.2007 08:35

Quelle: <http://www1.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/lubmin24.html>

Donnerstag, 18. Oktober 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Salzstock bei Lubmin als Erdgaslager geeignet

Oldenburg/Lubmin (dpa) Die Salzstöcke südlich von Lubmin sind nach Auffassung des Energieunternehmens EWE Oldenburg wegen ihrer Lage und Ausmaße grundsätzlich als Lager für Erdgas geeignet.

Das habe die Auswertung der seismischen Untersuchungen Anfang 2007 ergeben, sagte Dietmar Bückner von der EWE Oldenburg gestern. Derzeit bereitet das Unternehmen Probebohrungen bei Moeckow vor.

Bei den Bohrungen, die im 1. Quartal 2008 durchgeführt werden sollen, würden Salzkerne aus einer Tiefe von rund 1500 Metern entnommen. Das Salz soll im Labor chemisch und physikalisch auf seine Druckfestigkeit untersucht und damit auf seine qualitative Eignung für die Erdgaseinlagerung geprüft werden. Die Ergebnisse der Bohrungen und Salzanalysen liegen nach EWE-Angaben voraussichtlich bis zum Sommer 2008 vor.

Das Unternehmen plant die Ausspülung der Salzstöcke, die in eine Tiefe von mehr als 2000 Meter reichen. Über einen Zeitraum von 16 Jahren sollen zehn Kavernen - künstliche unterirdische Hohlräume - entstehen, in denen russisches Erdgas aus der Ostseepipeline zwischengespeichert werden kann. Insgesamt müssten dafür 17,6 Millionen Tonnen Salz aus den Salzstöcken bei Moeckow ausgespült, verdünnt und abgeleitet werden.

Das Vorhaben ist wegen des großen Süßwasserbedarfs für die Ausspülung umstritten. Das Unternehmen favorisiert eigenen Angaben zufolge die Ableitung der stark verdünnten Sole in die Ostsee oder in den Greifswalder Bodden.

Wesentlicher Bestandteil der Untersuchungen sei die Frage, welche Verdünnung der Sole für eine umweltverträgliche und somit behördlich genehmigungsfähige Variante technisch erforderlich sei, sagte Bückner

Donnerstag, 18. Oktober 2007 | Insel Usedom links

Linke auf Distanz zu Landrätin Syrbe

Ostvorpommern. Mit der Aufforderung an die Landrätin, „über den eigenen Tellerrand zu schauen“, hat Landespartei- und Parteichef Peter Ritter von der Linkspartei auf die erneute positive Äußerung von Dr. Barbara Syrbe auf die Steinkohlekraftwerkspläne am Bodden reagiert. Zwar sei seit langem klar, dass es in dieser Frage einen Dissens zwischen der Partei und Syrbe gebe, aber bei den Plänen gehe es um viel mehr als den Zugewinn von Arbeitsplätzen. Vielmehr stehe die Glaubwürdigkeit der Partei in Frage, die für den Slogan „Global denken – lokal handeln!“ eintrete. Auch Kommunalpolitiker müssten der daraus resultierenden Verantwortung gerecht werden.

Freitag, 19. Oktober 2007 | Ostvorpommern

Kühnemann stellte sich den Lubminern

Viele Lubminer befürworteten den Gemeindeaustritt aus dem Zweckverband „Lubminer Heide“, so der Eindruck vom Mittwochabend.

Seebad Lubmin. Bürgermeister Dr. Klaus Kühnemann hatte Mittwochabend zur Einwohnerversammlung geladen. Ergebnis: Volles Haus im Lubminer Seebadzentrum. Kein Wunder, denn Reiz-Themen standen auf der Tagesordnung: Warum der Austritt aus dem Zweckverband „Lubminer Heide“? Wie ist der Planungsstand zum Kraftwerksbau? Mit welchen Auswirkungen rechnen Experten. Diese drei Komplexe sollten abgearbeitet werden, und das wurden sie auch in einer – diesmal – erfreulich sachlichen Atmosphäre.

Zu Punkt eins erläuterte der Abgeordnete des Gemeinderates, Robert Köhler (FWL), die Faktenlage. So gebe es einen gültigen Beschluss der Gemeindevertretung zum Austritt. Grund: Weil sich die Differenzen mit den Partnern aus Rubenow und Kröslin und vor allem mit Verbandsvorsteher Wolfgang Woy so zugespitzt hätten, dass ein Miteinander nicht mehr möglich gewesen sei. Im Zweckverband verfüge Lubmin über etwa 90 Prozent der zu verplanenden Flächen. Die dadurch entstandene Interessenlage hätte keine Berücksichtigung in dem Gremium gefunden. Die Kommunalaufsicht prüfe jetzt die Unterlagen zum Austritt aus dem Zweckverband.

Zum angesprochenen hohen Tempo des Austritts, sagte Kühnemann, dass ein Verschieben der Termine dazu geführt hätte, dass ein Austritt erst Ende 2008 möglich gewesen wäre. Als Hauptgrund nannte der Bürgermeister zudem das „scheibchenweise Verbiegen des B-Planes Nr. 1“, von dessen ursprünglicher Form nichts mehr zu erkennen sei. Demnächst stünde das Abarbeiten des „Auseinandersetzungsvertrags“ an, über dessen Ausgang er aber konkret nichts sagen könne. ebenso wenig über die finanziellen Folgen des Austritts aus dem Zweckverband, die der Bürgermeister lediglich als „eigentlich überschaubar“ einschätzte.

Der größte Teil der Einwohner im Saal stellte sich hinter ihren Bürgermeister und tolerierte den Austritt aus dem ZV „Lubminer Heide“. insbesondere beim Thema Kohlekraftwerk gab es die bekannten Argumente: Es passt nicht in die Landschaft und sei schädlich fürs Klima.

Welche Folge insbesondere dem Seebad drohten, sollte das Kraftwerk gebaut werden, war auch Thema eines Workshops, an dem der Bürgermeister unlängst in Ückeritz teilnahm. Er sagte, dass einer Studie zufolge der Lubminer Seebadstatus als „gefährdet“ eingeschätzt werde, sollte das Kraftwerk kommen. Weiterhin wurde dort prognostiziert, dass der Tourismus um etwa 30 Prozent in Lubmin zurückgehen würde. Ferner – so die Spekulationen – würde es zu Stockungen von Investitionen kommen und im Greifswalder Bodden zu einem veränderten Gleichgewicht. Die Folge wäre Blaualgenbildung – „schlimmer als die Vogelgrippe“ – sagte Kühnemann. Aber das war dann doch einigen Leuten im Saal zuviel, die zur Mäßigung rieten. Albert Uwe Schön vom Kraftwerk sagte, dass die Immissionen bereits untersucht worden seien. Ergebnis: Der Seebad-Status ist nicht gefährdet!“ Jürgen Ramthun, EWN-Geschäftsführer, der sich häufig in die Diskussion einklinkte, erklärte: Sollte der Seebadstatus tatsächlich gefährdet werden, werde es kein Kohlekraftwerk an diesem Standort geben.“ Kühnemann: „Der Imageschaden für Lubmin bleibt beträchtlich.“

STEFAN BRÜMMER

Freitag, 19. Oktober 2007 | Insel Usedom links

Die Linke lässt sich vor keinen Karren spannen!

Auf den Leserbrief von Renate Bange aus Zinnowitz zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin antwortet Mignon Schwenke: Als ehemalige Kreisvorsitzende der Partei Die Linke Anklam-Greifswald-Wolgast kann ich Frau Bange versichern, dass weder die Landrätin noch Lars Bergemann die Meinung der Partei vertreten. Bereits im März 2007 hat die Hauptversammlung unseres Kreisverbandes mit einhundert zu drei Stimmen einen Beschluss zur Ablehnung des Steinkohlekraftwerkes gefasst. Bei der Neugründung unseres Kreisverbandes – gemeinsam mit der Linken aus dem Kreis Uecker-Randow im September - haben wir unsere Ablehnung bekräftigt. Wir unterstützen sowohl die Bürgerinitiative in Lubmin als auch die Bürgerinitiative auf Usedom und beteiligen uns aktiv am Widerstand gegen das Kraftwerk. Die Haltung unserer Landrätin ist uns seit längerem bekannt. Ich bin nicht glücklich darüber, zumal ich auch ihre Argumente nicht akzeptiere. Klimaschutz, Schadstoffemissionen, die langen Transportwege der Kohle, Erfordernisse der Tourismusentwicklung und viele andere Probleme sind viele Gründe, das Kraftwerk zu verhindern. 140 Arbeitsplätze, an deren Zustandekommen ich ernsthaft zweifle, können auch mit umweltfreundlichen Investitionen erreicht werden.

...und nahebei in Luftlinie der Straße "Am Strande" liegt das Kohlekraftwerk !

Donnerstag, 18. Oktober 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Luftreinhalteplan für Rostock wird erstellt

Rostock (dpa) Nach dem Überschreiten der festgesetzten Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide im Vorjahr an der vielbefahrenen Straße Am Strande in Rostock erhält die Hansestadt jetzt ein Luftreinhalteplan. Wie das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie in Güstrow gestern mitteilte, wurde dazu bereits die Luftgüte im gesamten Stadtgebiet untersucht. Derzeit würden verschiedene Maßnahmen diskutiert, wie die Belastung gesenkt werden kann. Die Bevölkerung soll rechtzeitig einbezogen werden, um ihr eine Beteiligung an der Debatte zu ermöglichen. Bis Ende Oktober kommenden Jahres muss der fertige Plan laut Gesetz vorliegen.

Wochenendausgabe, 20. Oktober 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Agrarausschuss: Bauern dürfen dichter an Gewässern düngen

Schwerin (dpa) Die Bauern in Mecklenburg-Vorpommern dürfen aller Voraussicht nach bald dichter an Gewässern düngen. Der Agrarausschuss des Landtags hat eine entsprechende Änderung des Landeswassergesetzes beschlossen, wie die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Schildt, gestern mitteilte. Mit der Verabschiedung der Gesetzesnovelle durch den Landtag werde im November gerechnet. Der Mindestabstand zu Gewässern soll von sieben auf drei Meter verringert und damit der Regelung in der Bundesdüngemittelverordnung angepasst werden.

Wochenendausgabe, 20. Oktober 2007 | Ostvorpommern

Erste Bohrungen bei Moeckow für Erdgasspeicher angekündigt

Wrangelsburg. Die Planung der Oldenburgischen Erdgasfirma EWE startet in eine neue Phase. Eine Brunnenbaufirma ist derzeit damit beschäftigt, erste Probebohrungen durchzuführen und Ringe ins Erdreich zu bringen. In vier Wochen soll ein 50 mal 60 Meter großes Gelände nahe Moeckow betoniert und mit den notwendigen Anlagen ausgestattet werden. Bis zum Februar erfolgen dann Tiefenbohrungen, die Aufschluss darüber bringen, ob der Salzstock sich für einen Kavernenausbau eignet. In der Bauphase sollen regionale Firmen zu einem Drittel vom 200 Mio. schweren Invest-Volumen profitieren. Ch. S.